

: (Post-)migrantische Jugend(verbands)arbeit

Herausforderungen benennen, Machtverhältnisse verschieben

DÎLAN GÜLER, SARAH HANKE

Wo steht (post-)migrantische Jugend(verbands)arbeit? Diese Frage wird im folgenden Artikel mit Hilfe von Schlaglichtern auf zentrale Aspekte und Bruchstellen beleuchtet. Dabei sind die aufgeführten Schlaglichter nicht als abgeschlossene Bestandsaufnahme zu sehen. Teilhabe ist ein fortlaufender Prozess, den alle gemeinsam gestalten müssen. Die Impulse am Ende der Abschnitte sind daher als Anregung zum Handeln und Weiterdenken zu verstehen.

Zwischen Selbstverständnis und gesellschaftlicher Verantwortung

(Post-)migrantische Jugendverbände stehen heute vor der Herausforderung, ihre Rolle immer wieder neu zu definieren. Längst sind sie mehr als Orte der Selbstorganisation und des Empowerments. Sie bleiben wichtige Anlaufstellen für junge Menschen, die Diskriminierung erfahren, schaffen Räume für Identitätsentwicklung und demokratische Teilhabe und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildungsarbeit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„Wir schaffen ja nicht nur Kultur, wir schaffen Identität. Als Teil dieser Gesellschaft stiften wir unsere alevitische, aber auch die demokratische Identität in unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deshalb ist Bildungsarbeit nicht nur in unserem Glauben wichtig, sondern auch als Beitrag zu dieser Gesellschaft." – *Cem Bulan, 22 Jahre alt (Bund der Alevitischen Studierenden Mainz, Bund der Alevitischen Jugendlichen Hessen)*

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre ist auch die Verantwortung (post-)migrantischer Jugendverbände innerhalb der Kinder- und

Jugendhilfe gewachsen. Polarisierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und transnationale extremistische Ideologien stellen dabei neue Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. (Post-)migrantische Jugendverbände können durch ihre Erfahrungen, Zugänge und fachliche Expertise wichtige Perspektiven in gesamtgesellschaftliche Debatten einbringen. Ein Beispiel hierfür ist der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ): Mit der Fachstelle Türkischer Rechtsextremismus (FaTRex) hat der Verband eine bundesweit einzigartige Struktur aufgebaut, die Präventionsarbeit leistet, Multiplikator_innen qualifiziert und insbesondere betroffene Communities stärkt. Gerade daraus entsteht ein Spannungsfeld: Während die gesellschaftlichen Erwartungen an migrantische Jugendverbände wachsen, bleiben ihre Arbeitsbedingungen häufig von Unsicherheit geprägt. Neben ihrer originären Jugendverbandsarbeit übernehmen sie zunehmend Aufgaben in der Demokratieförderung und Prävention, müssen ihre spezifischen Angebote jedoch häufig stärker begründen als andere Träger. Gleichzeitig entstehen wirksame Bildungs- und Präventionsangebote nicht kurzfristig, sondern durch langfristig aufgebaute Fachlichkeit, Vertrauen und verlässliche Strukturen. Doch neben strukturellen Herausforderungen stehen viele Verbände auch vor einer inhaltlichen Zukunftsfrage: Wie gelingt es, kulturelle Identität und jugendverbandliches Engagement so weiterzuentwickeln, dass sie an die Lebensrealitäten einer jungen Generation anknüpfen, die in Deutschland aufgewachsen ist und sich in vielfältigen Identitäten bewegt? Die Frage lautet daher nicht mehr, ob (post-)migrantische Jugendverbände gebraucht werden. Entscheidend ist vielmehr, dass ihre gewachsene gesellschaftliche Verantwortung dauerhaft anerkannt und unter verlässlichen Rahmenbedingungen unterstützt wird, um Kinder- und Jugendhilfe für weitere Generationen identitätsstiftend und demokratiefördernd zu gestalten.

Begriffsfragen zwischen Sichtbarmachung und „Othering“

In der Jugend(verbands)arbeit werden oft Begriffe wie Vereine junger Menschen mit Migrationshintergrund (VJM), Migrant_innenjugendselbstorganisationen (MJSO) oder Labels wie „(post-)migrantisch“ verwendet, um Sichtbarkeit herzustellen. Aber: Wer bestimmt eigentlich, wie junge Menschen und ihre Organisationen bezeichnet werden? Zumeist liegt die Definitionsmacht nicht bei ihnen selbst, sondern in der Forschung, der Politik, der Verwaltung und den etablierten Strukturen der Jugend(verbands)arbeit, deren Mitarbeitende überwiegend Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind. So wird selbst eine gut gemeinte Sichtbarmachung zum „Othering“*, denn die vielfach akademisch anmutenden Fremdzuschreibungen suggerieren Homogenität, wo eine Vielfalt an Biografien, Identitäten und verbandlichen Zielsetzungen vorhanden ist.

*__Othering__ beschreibt den Prozess, bei dem Menschen als nicht selbstverständlich zugehörig und anders dargestellt oder wahrgenommen werden. Hierbei werden durch eine Unterscheidung zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“ vermeintliche Unterschiede hervorgehoben. Häufig sind damit Zuschreibungen verbunden. Dadurch können gesellschaftliche Abgrenzungen und bestehende Ungleichheiten verstärkt werden.

Dieses Machtgefälle schlägt sich in der Praxis nieder: Organisationen müssen nicht selten einen pragmatischen Umgang mit diesem Etikettierungsdruck pflegen, um Ressourcen oder Zugänge innerhalb etablierter, oft wenig machtkritischer Strukturen zu sichern. Daher ist es wichtig, sprachliche Sensibilität zu entwickeln und einen bewussten, machtkritischen Umgang mit Begriffen zu pflegen. Insbesondere Selbstbezeichnungen, die einen empowernden Charakter haben können, sollten respektiert werden.

Zwei Impulse für die Praxis:

- **Relevanz prüfen:** Organisationen sollen in der Jugendarbeit und der jugendverbandlichen Interessenvertretung sprachlich nur dann markiert werden, wenn es für den Kontext einen echten Mehrwert bietet. Oft reicht die Bezeichnung „Jugendverband“.
- **Definitionsmacht abgeben:** Selbstbezeichnungen der Organisationen, mit denen man zusammenarbeitet, sollte man respektieren. Es lohnt sich, nachzufragen, anstatt Annahmen zu treffen – ebenso gilt es, Ambivalenzen auszuhalten, wenn es innerhalb der Organisationen kein einheitliches Meinungsbild gibt.

Demokratische Haltung als gemeinsame Aufgabe

Die gesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass die Erwartungen an große (post-)migrantische Jugendverbände in Bezug auf öffentliche Positionierungen zu gesellschaftspolitischen Themen

„Post-)migrantische Jugendverbände können durch ihre Erfahrungen, Zugänge und fachliche Expertise wichtige Perspektiven in gesamtgesellschaftliche Debatten einbringen.“

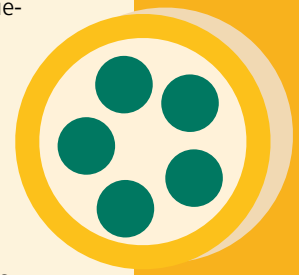
steigen. Internationale Konflikte, Demokratiegefährdung oder Diskriminierung: Zu vielen dieser Aspekte werden insbesondere diese Verbände adressiert. Viele dieser Anfragen nehmen (post-) migrantische Jugendverbände an, weil sie ihre Verantwortung als Teil einer demokratischen Zivilgesellschaft ernst nehmen. Werteorientierung bildet eine wichtige Grundlage (post-)migrantischer Jugendverbandsarbeit und kann das Engagement für Menschenrechte, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt prägen. Im Kontext alevitischer Jugendverbandsarbeit kommt dabei dem humanistisch-alevitischen Werteverständnis eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig wirft diese Entwicklung die Frage auf, wie politische Verantwortung innerhalb der Jugendverbandslandschaft insgesamt verteilt ist. Eine klare Haltung gegen Menschenfeindlichkeit und für demokratische Werte sollte nicht von einzelnen Verbänden erwartet werden, sondern Ausdruck eines gemeinsamen Selbstverständnisses sein. Gerade etablierte und strukturell gut abgesicherte Jugendverbände verfügen über eine besondere Reichweite und gesellschaftliche Sichtbarkeit. Umso wichtiger ist es, dass sie diese nutzen und sich gemeinsam mit (post-) migrantischen Jugendverbänden sichtbar für demokratische Grundwerte einsetzen. Eine starke Jugendverbandslandschaft lebt von unterschiedlichen Perspektiven, aber besonders von einer gemeinsamen Stimme, wenn es um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten geht.

Zwei Impulse für die Praxis:

- **Solidarität öffentlich zeigen:** Wenn demokratische Grundwerte oder einzelne Jugendverbände unter Druck geraten, braucht es sichtbare Unterstützung aus der gesamten Jugendverbandslandschaft. Gemeinsame Stellungnahmen und gegenseitige Solidaritätsbekundungen stärken nicht nur einzelne Organisationen, sondern die demokratische Zivilgesellschaft insgesamt.
- **Politische Verantwortung gemeinsam sichtbar machen:** Die Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte wird bereits von vielen Jugendverbänden getragen. Umso wichtiger ist es, diese Haltung auch künftig gemeinsam und sichtbar nach außen zu vertreten. Eine breite und solidarische Jugendverbandslandschaft sendet gerade in gesellschaftlich herausfordernden Zeiten ein starkes Signal für demokratische Werte.

Strukturelle Veränderungen: Von der Öffnung zum Powersharing

Viele Jugendverbände befinden sich bereits in diskriminierungskritischen Öffnungsprozessen und merken dann früher oder später: Es reicht nicht, die Türen zu öffnen, wenn die Strukturen dahinter in alten Routinen verharren. Strukturelle Veränderung ist immer eine Machtfrage. Wirkliche Teilhabe vollzieht sich nicht über symbolische Gesten, sondern über echtes Powersharing. Das bedeutet: Ressourcen, Räume und Entscheidungsmacht kritisch reflektieren und aktiv teilen. Das gelingt sinnvoll nur mit einem intersektionalen Verständnis, das die komplexe Verwobenheit verschiedener Diskriminierungserfahrungen erfasst.



Solche Veränderungen sind kein einmaliges Projekt, sondern ein dauerhafter Auftrag. Es stellen sich Fragen wie: Wo nehmen Einzelpersonen unbewusst Raum ein? Fördert die Verbandskultur auf allen Ebenen echte Veränderung – inklusive der Verteilung von Zeit und Geld oder der Anpassung überkommener Regelungen – oder verharrt sie im Symbolischen? Dieser Weg braucht einen langen Atem und Fehlerfreundlichkeit. Erst wenn es auch einmal unangenehm wird, zeigt sich: Unbewusste Ausschlussmechanismen und unreflektierte Denkmuster wurden schließlich erkannt. Dies eröffnet die Chance, Veränderungen einzuleiten.



Zwei Impulse für die Praxis:

- **Routinen hinterfragen:** Kritik von Menschen, die im Zusammenhang mit Strukturen der Jugend(verbands)arbeit Diskriminierung erfahren haben, sollte nicht abgewehrt, sondern als Lernmoment verstanden werden. Unabhängig davon müssen Angebote, Entscheidungsprozesse und Regelungen der Jugend(verbands)arbeit proaktiv machtkritisch überprüft werden, um intersektionale Diskriminierung abzubauen.
- **Powersharing umsetzen:** Es ist unabdingbar zu überprüfen, wie Ressourcen, Sichtbarkeit und Entscheidungsmacht – etwa Budget, Personalstellen und Gremienplätze – innerhalb bestehender Strukturen der Jugend(verbands)arbeit verteilt sind. Dazu gehört auch ein kritischer Blick darauf, ob Kooperationen mit externen Strukturen wirklich „auf Augenhöhe" stattfinden oder ob dabei eine Seite die Rahmenbedingungen vorgibt.

Finanzielle Förderung: Vom strukturellen Aufholen zum erneuten Rückschritt?

(Post-)migrantische Jugendorganisationen haben signifikant an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig bleibt ihre materielle Absicherung auf allen föderalen Ebenen prekär, oft wegen spezifischer Anforderungen an ihre Rechtsform und ihre geografische Verankerung oder weil

„Eine starke Jugendverbandslandschaft lebt von unterschiedlichen Perspektiven, aber besonders von einer gemeinsamen Stimme, wenn es um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten geht."

ihnen noch die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe fehlt. Im Gegensatz zu etablierten Jugendverbänden, die ebenfalls nicht ausreichend finanziert sind, verfügen Jugendorganisationen mit kürzerer Historie kaum über Geschäftsstellen, Eigenmittelpolster oder gar eigene Bildungsstätten. Dabei setzen die etablierten Jugendverbandsstrukturen – von Gremiensitzungen am Vormittag bis hin zu komplexen Verwaltungsanforderungen – einen Professionalisierungsgrad voraus, der ohne verlässliche Regelförderung kaum zu erreichen ist. Dass neue Organisationen dennoch so präsent sind, liegt an vereinzelten Projektförderungen und einem Übermaß an ehrenamtlichem Engagement, das diesen finanziell-strukturellen Nachteil kompensieren muss. Das ist eine umso größere Anstrengung, da viele der Engagierten regelmäßig Diskriminierungserfahrungen machen und mit ihrer Sichtbarkeit persönliche Risiken eingehen.

Doch Engagement bis zur Selbstaufgabe ist kein nachhaltiges Modell. Wer echte Teilhabe in der Jugend(verbands)-arbeit will, muss Wege eröffnen, auch diese Jugendorganisationen langfristig zu finanzieren. Allerdings deuten die politischen Entwicklungen, u.a. massive Einschnitte bei mehreren Bundesprogrammen, in die gegenteilige Richtung: Die Einschnitte bei staatlichen Projektförderungen werden diejenigen Organisationen am härtesten treffen, die am meisten auf sie angewiesen sind, und so strukturelle Ungleichheiten erneut vergrößern.

Zwei Impulse für die Praxis:

- **Zivilgesellschaft solidarisch verteidigen:** Jugendverbände müssen Anti-NGO-Diskursen entschieden entgegentreten und Verteilungskämpfe um immer begrenztere Mittel verweigern. Es gilt, Ressourcen und politische Kontakte aktiv zu teilen, um zu verhindern, dass (post-)migrantische Organisationen als erste weggespart werden. Das Ziel muss eine verlässliche Regelförderung für alle Jugendverbände bleiben.
- **Teilhabehürden unmittelbar abbauen:** Durch die Übernahme von Fahrt- und Übernachtungskosten, die konsequente Ermöglichung digitaler oder hybrider Formate oder vergleichbarer pragmatischer Ansätze können bereits jetzt die erschwerten Rahmenbedingungen von Jugendverbänden ohne Regelförderung berücksichtigt werden.

Geografisches Gefälle: Engagement trotz Bedrohung und institutionellen Misstrauens

Schaut man, wo (post-)migrantische Jugendorganisationen aktiv sind, offenbart sich ein geografisches Gefälle: Während in Großstädten gewachsene Netzwerke existieren, kämpfen junge Aktive in ländlichen, strukturschwachen Regionen mit zahlreichen Hürden. Das gilt nicht nur, aber ganz besonders für Organisationen in den östlichen Bundesländern. Spezifische historische Bedingungen, eine geringere Bevölkerungsdichte, große Distanzen bei schlechtem Nahverkehr sowie ein niedrigerer Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte führen dazu, dass informelle, unbürokratische und damit oft weniger sichtbare Formen des Engagements, beispielsweise Initiativen, eine höhere Bedeutung haben als voraussetzungsvollere Formen wie eingetragene Vereine.

Wo zudem rechtsextreme Präsenz den Alltag prägt, sind Engagement und Sichtbarkeit mit persönlichen Risiken verbunden, insbesondere für migrantisierte Menschen. Dabei müssen sie und ihre Organisationen ihre Ziele und Motivationen auch immer wieder gegenüber etablierten Strukturen der Mehrheitsgesellschaft erklären, was als Zeichen mangelnder Akzeptanz erlebt wird. Dass immer wieder das staatliche Neutralitätsgebot instrumentalisiert wird, um die Förderwürdigkeit ihres Engagements infrage zu stellen, befördert das Vertrauensdefizit. Diese Kombination aus realer Bedrohungslage und fehlendem institutionellem Rückhalt hält Organisationen fortwährend in einem prekären Schwebezustand, der auch die Engagierten belastet.

Expertise ostdeutscher Organisationen wertschätzen: Trotz aller Hürden gibt es in den östlichen Bundesländern eine aktive Zivilgesellschaft, bestehend aus etablierten Vereinen und informellen Initiativen, deren Expertise mehr Aufmerksamkeit verdient. Wichtige Arbeit leisten z.B. die Landesjugendringe, die Landesverbände der djo-Deutsche Jugend in Europa in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sowie Jugend spricht e.V. aus Mecklenburg-Vorpommern. Weitere relevante Interessenvertretungen sind u. a. das Projekt JUGENDSTIL* der Stiftung Bürger für Bürger sowie der Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland DaMOst e.V. mit seinen Mitgliedsorganisationen.

Zum Weiterlesen: Der Katalog zur Wanderausstellung „Trotz allem! Postmigrantische Jugend bewegt den Osten“ von DaMOst e.V. **(https://www.damost.de/wanderausstellung)** gibt sehr persönliche Einblicke in die Thematik, während die Studie „Jung. (Post-)Migrantisch. Engagiert in Ostdeutschland.“ des Projekts JUGENDSTIL* einen systematischen Gesamtüberblick gibt (siehe QR-Code).

DÎLAN GÜLER

ist Bundesgeschäftsführerin des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.

dilan.gueler@bdaj.de

SARAH HANKE

ist Referentin bei der djo – Deutsche Jugend in Europa, Bundesverband e.V.

sarah-hanke@djo.de